

VON STEPHAN SCHULMEISTER

SAMSTAGSESSAY

In der Debatte um die Lage der Wirtschaftswissenschaften wird ein grundlegender Zusammenhang häufig übersehen: Wer bewerten will, ob die herrschenden Theorien noch tragen oder ob wir neue Ansätze brauchen, muss die Wechselwirkung von Theorie und Praxis betrachten.

Einerseits: Wird eine Theorie zum Paradigma, also zur Lehrmeinung, gar zur Weltanschauung, so verändert sie ihr Objekt – von der Rolle des Staates bis zur Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht (der Lauf der Gestirne ist hingegen unabhängig vom Weltbild der Physiker). Wer also die Wirklichkeit beeinflussen will, für den lohnt es sich offensichtlich, interessengeleitet zu theoretisieren.

Andererseits: Führt die daraus abgeleitete „Navigationskarte“ immer tiefer in eine Krise, so wird die Entwicklung einer neuen Theorie zur prestigeträchtigen Herausforderung. Kann sie die „Krisenrätsel“ konkret erklären, wird sie zum neuen Paradigma.



Eine Debatte über die Zukunft der Wirtschaftswissenschaften

Beispiele gefällig? Blenden wir zurück in die 1920er-Jahre. Damals dominiert die markliberale Theorie. Der Aktienboom und die Mentalität „Lassen wir unser Geld arbeiten!“ sind daher kein Anlass zur Sorge. Der Börsenkrach 1929 führt in eine Rezession, Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit steigen. Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek und die Anhänger des Mainstreams empfehlen Sparpolitik und Lohnkürzungen. Der britische Konkurrent John Maynard Keynes greift diese Position vehement an.

Die Symptomtherapien führen in die Depression. Keynes wird zum Sieger im Ökonomenkrieg. Seine „Allgemeine Theorie“ (1936) erklärt, warum Symptomkuren Krisen vertiefen, warum Finanzspekulation manisch-depressive Preisschwankungen generiert, den Unternehmern schadet und auszuschalten ist, warum freie Gütermärkte und eine aktive Wirtschaftspolitik einander ergänzen, und warum Vertrauen und Zuversicht Grundbedingungen für Wohlstand sind. Die Akteure begreift Keynes als individuelle und soziale, als rationale und emotionale Wesen, kurz: als Menschen.

Diese Theorie prägt die Spielanordnung der 1950er- und 1960er-Jahre. Bei festen Wechselkursen, stabilen Rohstoffpreisen und Zinssätzen unter der Wachstumsrate kann sich das Gewinnstreben nur in der Realwirtschaft entfalten, zusätzlich stärken Sozialpartnerschaft und Sozialstaat das Vertrauen. Schon 1960 wird Vollbeschäftigung erreicht. Nun aber gehen die Gewerkschaften in die Offensive, verlangen (mehr) Mitbestimmung und Umverteilung, die Streikfähigkeit verdreifacht sich, das Jahr 1968 verstört die Unternehmer zusätzlich, weil die Intellektuellen nach links driften, der Zeitgeist bläst die Sozialdemokratie an die Macht. Schließlich erklärt auch die Ökologiebewegung den Kapitalismus zum Auslaufmodell.

Die durch die keynesianische Navigationskarte veränderten Verhältnisse provozieren den neoliberalen Gegenangriff. Darauf hatte sich Hayek seit seiner bitteren Niederlage gegen Keynes vorbereitet. Zum Kriegführen braucht es Ziel, Strategie, Waffen und Geld. Das Ziel lautet: Vertreibung der Keynesianer, Liberalisierung der Finanzmärkte, Abbau des Sozialstaats, Schwächung der Gewerkschaften. Die Strategie: Gründung eines Netzwerks in Gestalt der Mont-Pèlerin-Gesellschaft

Theoriebildung als Krieg

Ziel, Strategie, Waffen und Geld: Wie Keynesianer und Marktradikale um die richtigen Rezepte für die Volkswirtschaften rangen, und was man aus dem Zweikampf für die Zukunft lernen kann



FOTO: LISA BUCHER

Angriff und Gegenangriff: Keynesianer und Neoklassiker streiten seit Jahrzehnten
Fairness gibt's im Krieg nicht: Als die Finanzblase platzt, sind alle ratlos
Was nun? Auf die Ökonomen wartet viel „kreative Zerstörung“

(1947) und der Thinktanks. Die Waffen: neue Theorien, welche den Keynesianismus widerlegen. Das Geld spenden Vermögende.

Die wichtigsten Waffen werden an der Universität Chicago geschmiedet: der „Beweis“, dass destabilisierende Finanzspekulation Verluste macht, sich also selbst beiseitigt (1953); der „Beweis“, dass Konsumenten auf Einkommenssteigerungen kaum reagieren, eine keynesianische Fiskalpolitik also wenig wirke (1957); der „Beweis“, dass die Depression der 1930er-Jahre durch die Notenbank – also durch den Staat – verursacht wurde (1963); der „Beweis“, dass Vollbeschäftigungspolitik sinnlos ist, weil es eine „natürliche Arbeitslosigkeit“ gäbe (1968). Deshalb könne man mit höherer Inflation keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit erkaufen. Diesen Unsinn hatten die Keynesianer tatsächlich behauptet:

Wenn niedrige Arbeitslosigkeit den Druck auf Löhne und Preise erhöht (Phillips-Kurve), dann müsse dies auch in die „Gegenrichtung“ funktionieren. Auf diese Schwachstelle konzentriert sich nun die Offensive der Neoliberalen: 1971 gibt US-Präsident Richard Nixon ihrer Forderung nach Aufgabe fester Wechselkurse nach, der Dollar verliert in zwei Schüben rund 50 Prozent an Wert, darauf reagiert die Opec mit zwei Ölpreisschocks, gefolgt von zwei Rezessionen samt Inflationsanstieg. Damit ist der Keynesianismus erledigt: Arbeitslosigkeit und Inflation steigen ja gleichzeitig!

Fairness gibt's im Krieg nicht. Den Phillips-Zusammenhang hatten die Keynesianer nur für eine geschlossene Wirtschaft behauptet, der Inflationsanstieg war aber Folge globaler Schocks. Überdies hatten Friedman & Co. mit ihrem Kampf gegen

feste Wechselkurse ja selbst zum gleichzeitigen Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit beigetragen.

Nun kommt die neoliberale Offensive so richtig in Schwung: 1980 wird das Ziel niedriger Zinssätze aufgegeben, seither liegen sie über der Wachstumsrate. Die Unternehmer passen sich dem durch eine Senkung der Investitionen an, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen. Die Finanzmärkte werden dereguliert, die Schaffung der Derivate befeuert die Spekulation. Sparpolitik und Sozialabbau werden zu Leitlinien der Politik. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Staatsverschuldung steigen immer mehr, ebenso die Börsenkurse – sie sollen nun auch für das Alter vorsorgen. Ab 2003 boomen Aktien, Immobilien und Rohstoffe, ihre gleichzeitige Entwertung (erstmalis seit 1929) führt 2008 in die große Krise.

Spannend zu sehen ist, was nun passiert. Die USA verzichten auf Sparpolitik und erhöhen das Arbeitslosengeld massiv, die EU folgt hingegen der neoliberalen Navigationskarte und gleitet in eine Depression. Die Lage von Unternehmen und Arbeitnehmern verschlechtert sich, die Börsen boomen und bereiten den nächsten Absturz vor.

Fazit: Die herrschende Theorie legitimiert nicht die Interessen des Realkapitals, sondern des Finanzkapitals – dem dienen auch der Vorrang für die Stabilität von Geldwert und Staatsfinanzen, die Senkung der Staatsquote und die Privatisierung der Sozialversicherung. Doch vor fast 50 Jahren haben die Unternehmer(-vertreter) selbst die neoliberalen Geister gerufen, jetzt werden sie diese nicht los.

In der Zwischenzeit hat die Wissenschaft den ideologischen Gehalt ihrer Theorie durch Hebung des Abstraktionsniveaus weiter verschleiert. Dem dienen die Annahme „rationaler Erwartungen“, die These von der Ineffizienz jeglicher Wirtschaftspolitik und schließlich die Theorie des „realen Konjunkturzyklus“ – Schwankungen sind ausschließlich Folge von „Technologieschocks“. All dies wurde mit Nobelpreisen prämiert.

Die „Liebe zum Geld“ hält Keynes für halb kriminell, halb pathologisch

Obwohl die große Krise das Ergebnis neoliberaler Theorie und Politik ist, können die Keynesianer sie nicht für eine Gegenoffensive nützen. Sie hatten in der Zeit ihrer Marginalisierung keine Alternativkonzepte für den „Tag X“ vorbereitet, an dem die herrschende Spielanordnung in eine Krise stürzt. Dazu hätten sie einige Hauptthesen von Keynes weiterentwickeln müssen, die da lauten: Marktwirtschaften produzieren aus sich heraus Krisen. Der wichtigste Krisenherd sind die Finanzmärkte, weil deren Akteure besonders kurzfristig, emotionell und herdenhaft agieren. Die „Liebe zum Geld“ ist eine „verabscheuenswürdige, halb kriminelle und halb pathologische Eigenschaft, die man mit Schauern dem Psychiater zur Behandlung überlässt“, so Keynes im Jahr 1930. Diese Thesen aber haben die „Keynesianer“ von Anbeginn an ignoriert, sie wollten lieber in der heilen Gleichgewichtswelt verharren. Auf Makro-Ebene könne es zwar zu Störungen kommen, dann müsse man eben eine antizyklische Politik praktizieren. Dass das nicht funktioniert, sieht man an der Politik der EZB. Die Nullzinspolitik belebt nicht die Realwirtschaft, sondern befördert die Aktienspekulation.

Wer wirklich die Dinge zum Besseren wenden will, muss sehr viel grundsätzlicher ansetzen. Folgende Agenda führt in eine neue, bessere Ökonomie:

- Die Wirtschaftswissenschaftler müssen über das Verhältnis von Erkenntnis und Interesse in ihrer Arbeit (und deren Finanzierung) nachdenken.
 - Die Marktakteure müssen als Menschen und damit auch als emotionale und soziale Wesen begriffen werden. Dies erfordert interdisziplinäres Forschen und ermöglicht eine realistische Mikrofundierung der Makroökonomie. Wenn Hans-Werner Sinn vor einer Woche an diesem Platz die herrschende Theorie verteidigte, muss man ihm entgegenhalten: Sie ist als Referenzmodell ungeeignet. Denn Abweichungen werden als „Anomalien“ begriffen – Emotionen und Kooperation sind aber ebenso wichtige Komponenten des Menschseins wie Rationalität und Konkurrenz.
 - Teile der Theorie von Keynes sind zu entsorgen: sein Geldbegriff, die Produktionsfunktion. Andere sind auszubauen, zum Beispiel die Frage, welches Verhalten „Bullen- und Bärenmärkte“ erzeugt und was ihre makroökonomischen Folgen sind. Ähnliches gilt für die originellen und nicht (primär) ideologischen Komponenten im Denken von Hayek (Märkte als Suchverfahren).
- Am Ende wird wenig bleiben von den in Chicago konstruierten Luftschlossern, dafür sind sie zu interessengebunden, also zu „marktreligiös“, zu jenseitig.
- Auf die Ökonomen wartet viel „kreative Zerstörung“.

Stephan Schulmeister, Jahrgang 1947, ist Wirtschaftsforscher und Universitätslektor in Wien.